

Pressemitteilung

KeKoWi fordert: "Der KMW-Aufsichtsrat muss dem Kohlekraftwerksspuk endlich ein Ende machen!"

Wiesbaden, 19.11.2010: "Das ist schon ein Stück für's Tollhaus!" wundert sich Meinrad v. Engelberg, Sprecher der B.I. Kein Kohlestrom Wiesbaden. "Die Eigentümerin einer kommunalen Gesellschaft, hier die Stadt Wiesbaden, muss gegen die eigene 'Tochter' prozessieren, damit diese den politischen Willen von Stadtparlament und Oberbürgermeister endlich zur Kenntnis nimmt. Lesen die KMW-Vorstände denn keine Zeitung?"

Am vergangenen Donnerstag (11.11.10) hatte die Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden die KMW ultimativ aufgefordert, das Kohlekraftwerksprojekt nicht nur für 'auf Eis gelegt', sondern unwiderruflich für 'erledigt' zu erklären und endlich einen angemessenen Teil jener Gewinne auszuschütten, die für den Bau des Milliardenprojekts zurückgelegt worden waren. Diese Gelder sollten nun wieder vertragsgemäß in die kommunalen Haushalte der Eigentümer fließen, um die Steuerzahler zu entlasten.

Zur gleichen Zeit schickt sich die KMW an, den Bau des politisch längst erledigten Projekts vor Gericht durchdrücken zu wollen. Der Vorstand lehnt einen Vorschlag der Kraftwerksgegner ab, den OVG-Prozess über die bereits erteilte, aber vermutlich inzwischen obsolet gewordene erste Teilbaugenehmigung solange ruhen zu lassen, bis klar ist, ob das Verfahren überhaupt noch sinnvoll ist oder ob es sich inzwischen ebenso wie das Kohlekraftwerk selbst erledigt hat.

Die KMW teilte auf Anfrage mit, sie sehe sich außer Stande, auf diesen Vorschlag einzugehen, da *'es bisher im Aufsichtsrat unseres Unternehmens noch keine andere Beschlussfassung gibt.'* Man wolle sich daher erst *'in nächster Zeit wieder mit dieser Thematik befassen.'* Im Aufsichtsrat sitzen aber doch eben die Vertreter der beiden Eigentümerstädte, die sich mehrfach deutlich gegen das Projekt ausgesprochen haben – woran fehlt es also noch?

Engelberg abschließend: "Da hilft nur eines: Wir fordern die Aufsichtsratsmitglieder der KMW auf, dem Vorstand endlich jenen Beschluss zu präsentieren, ohne den die Herren Sticksel, Schodlok und Co. es anscheinend nicht glauben wollen, dass ihr Lieblings-Projekt erledigt ist.

Der Wortlaut ist ganz einfach:

'Da laut zahlreicher parlamentarischer Beschlüsse das Kohlekraftwerk von den beiden Eigentümerstädten nicht gewollt wird, sind das Vorhaben und alle damit verbundenen rechtlichen Auseinandersetzungen sofort zu beenden. Die vorhandenen Teilbaugenehmigungen sind zurückzugeben.'